Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 126. für Anhalt und Thüringen. **Jahrgang 200.**

Bezugspreis für Halle und Vororte 2,50 Mk. durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölf mal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletonbeil.), Ill. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigen-Gebühren f. d. sechsgespaltene Petitzeile od. deren Raum f. Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigen-Annahme b. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telephon 158; Redaktion Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr. Chefredakteur: Dr. Walther Gebersleben in Halle a. S.

Freitag, 15. März 1907.

Geschäftsstelle in Berlin: Dessauerstraße 14. Telephon-Amt VI a Nr. 11494. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., den 14. März.

In der Sitzung des Deutschen Landwirtschaftsrates am 14. cr. hielt Staatssekretär Graf Posadowsky eine Ansprache, in der er die Versammlung begrüßte und den hohen Wert der Tätigkeit des Landwirtschaftsrates hervorhob. Redner führte dann weiter aus, daß die heute auf der Tagesordnung stehende Frage betr. die Bekämpfung der Rindertuberkulose eine der akutesten Fragen der Landwirtschaft sei. Er hoffe, daß mit Hilfe des im Herbst dieses Jahres dem Reichstage vorgelegten Viehseuchengesetzes und gestützt auf die fortschreitende Erkenntnis der Wissenschaft, es möglich sein werde, die Rindertuberkulose ebenso wirksam zu bekämpfen, wie die Lungenseuche und andere Viehkrankheiten niedergekämpft worden seien. Seinerseits werde stets alles geschehen, um die akuten Bestrebungen des Deutschen Landwirtschaftsrates stets warm zu unterstützen. Im Laufe der dann folgenden Debatte über die Bekämpfung der Rindertuberkulose führte Wirkl. Geheimrat v. Behring aus, die Parole für die Oeffentlichkeit sollte nicht sein, mit schädlichen Keimen durchsetzte Milch im Verkehr zuzulassen und hinterher unschädlich zu machen, sondern die Parole müßte lauten, es darf überhaupt keine Milch mit Tuberkelbazillen in den Verkehr kommen. Der Redner stellte ferner fest, daß das Bovaccinations-Verfahren eine Anerkennung erfahren habe. Seine Unschädlichkeit sei erwiesen und auch sein Nutzen sei statistisch dargetan. Die Nutzanwendung der Versuchsergebnisse im Interesse der Menschentuberkulose könne nur eine Frage der Zeit sein.

Donnerstag abend fand anläßlich der Tagung des Landwirtschaftsrats ein Festmahl statt, wozu der Reichskanzler, Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, die Minister Frhr. von Rheinbaben, von Arnim-Criewen, Delbrück, Kolonialdirektor Dernburg, Reichstagspräsident Graf Stolberg, Professor von Behring und andere hervorragende Persönlichkeiten geladen waren. Der Präsident des Landwirtschaftsrats, Graf Schwerin-Löwitz, wies in seiner Rede auf den wirtschaftlichen Aufschwung hin, den die deutsche Landwirtschaft unter dem Einflusse des neuen Zolltarifs genommen habe und der sich auch in der Steigerung der Viehproduktion und in der Erteilung bedeutender Aufträge an die der Landwirtschaft nahestehende Industrie geäußert habe. Doch auch in nationaler Hinsicht sei der Aufschwung zu verspüren gewesen, denn erst nachdem die wirtschaftliche Sorge von den Landwirten genommen sei, sei es ihnen möglich gewesen, sich an der Lösung der nationalen Aufgaben zu beteiligen, diese Tatsache sei auf den Ausgang der Wahlen nicht ohne Einfluß geblieben, die zugleich die Billigung der wirtschaftlichen Politik des Fürsten Bülow enthielten. Redner schloß mit einem Hoch auf den Kaiser. Der stellvertretende Vorsitzende Mehnert bewillkommete die Gäste, begrüßte besonders den Herzog Johann Albrecht, den Fürsten Bülow, den Landwirtschaftsminister und den Reichstagspräsidenten. Dann erhob sich der Reichskanzler zu folgender Rede:

„Meine Herren, ich danke den Herren Vorrednern für ihre freundliche Begrüßung. Ich danke Ihnen allen, meine Herren, für die Zustimmung, die diese Worte bei Ihnen gefunden haben. Nach einem für das Land und für mich bewegten Jahr stehe ich wieder vor dem Deutschen Landwirtschaftsrat. Ein ernster und schwerer politischer Kampf liegt hinter uns, der viel Aufregung hervorgerufen, aber auch gesunden Sinn, kräftiges Nationalgefühl im deutschen Volke von neuem hat hervortreten lassen. Denn der Kampf ist der Vater aller Dinge. Ein Band ist in diesem Kampfe erfreulicherweise nicht gelockert, sondern, wie ich hoffe, noch gefestigt worden: das Vertrauen zwischen dem deutschen Reichskanzler und der deutschen Landwirtschaft (Lebhaftes Bravo!) Dieses Vertrauensverhältnis wird auch keinen Wandel erfahren, des bin ich sicher, wenn ich mich anschicke, Wünsche zu erfüllen, die bereits seit langer Zeit von den Parteien der bürgerlichen Linken gehegt werden. Wenn ich im Reichstage unter anderem meine Bereitwilligkeit erklärt habe, eine Reform des Vereins- und Versammlungsrechts, des Strafrechts und der Strafprozeßordnung durchzuführen, so leitet mich dabei die Ueberzeugung, daß ein führender und verantwortlicher Staatsmann nicht zögern soll, unzeitgemäße Zustände durch sachgemäße Reformen zu ändern. Ich gehöre nicht zu denen, die alles Fremde, weil es fremd ist, bewundern. Aber es war, wie mir scheint, eine große Weisheit der englischen Aristokratie, notwendige Konzessionen rechtzeitig zu machen. Als eine segensreiche Folge dieser Weisheit sehe ich es an, daß England seit mehr als 200 Jahren von revolutionären Erschütterungen verschont geblieben ist, die namentlich die romanischen Länder in diesem Zeitraum so oft heimgesucht haben. Ich sehe hierin auch den Grund, daß in England die große Menge in den Städten, die kleinen Leute in Stadt und Land ganz überwiegend staatserhaltend gesonnen sind. Auch über die im Reichstage von mir angekündigte Reform des Börsengesetzes will ich mich hier ganz offen aussprechen. Wir werden bei dieser notwendigen und dringenden Reform nichts bringen, was die Interessen der Landwirtschaft schädigen könnte. (Bravo!) Ich erwarte deshalb auch, daß die Vertreter der Landwirtschaft im Reichstage den Entwurf vorurteilslos prüfen werden. Die Landwirtschaft hat kein Interesse daran, daß durch die Börsengesetzgebung Treu und Glauben im Geschäftsverkehr erschüttert werden. Auch die Landwirtschaft hat ein Interesse daran, daß unsere Börse gegenüber den Börsen des Auslandes nicht in den Zustand der Inferiorität gerät, daß der hohe Bankdiskont, der mit eine Folge unserer Börsengesetzgebung ist, erniedrigt wird. Auch die Landwirtschaft hat kein Interesse daran, daß die Börsen von Paris und London die Berliner Börse ganz überflügeln; kein Interesse, daß das deutsche Kapital in das Ausland wandert; kein Interesse, daß die kleinen Banken ganz aufgesogen werden durch die großen. Auch die Landwirtschaft hat ein Interesse daran, daß die Börse als hochwichtiges Wirtschaftsinstrument erhalten und leistungsfähig erhalten wird. Wir haben in Deutschland noch zu viel Vorurteile, in allen Lagern, bei allen Parteien, in allen Schichten der Bevölkerung. Wir haben zu viele vorgefaßte Meinungen, die als Scheuklappen den Blick einengen. Vor Jahren sagte mir einmal ein liberaler Professor, ein ganz verständiger Mann (Heiterkeit): „Wie können Sie, Herr Reichskanzler, eine agrarische Politik machen, wo Sie doch so gebildet sind." (Heiterkeit.) Als ob man nicht ganz gebildet und dabei ein Stockagrarier sein könnte. (Sehr richtig!) Ich kenne aber auch Konservative und Agrarier, welche in Handel und Börse, wenn nicht ein unsittliches, so doch jedenfalls ein verderbliches Element sehen. Das sind Scheuklappen, die wir ablegen müssen, Einseitigkeiten, die man in anderen Ländern nicht kennt, wo das Gefühl der Solidarität der verschiedenen Seiten des vielseitigen Wirtschaftslebens und ihrer notwendigen Vereinigung im höheren Interesse des Ganzen stärker entwickelt ist, als dies bei uns bisher der Fall war.

Wenn ich jene Reformen in Aussicht stelle, so bleibt unangetastet das Wirtschaftsprogramm, das ich seit bald sieben Jahren vertrete und durchführe: Schutz der nationalen Arbeit, Schutz unserer Produktion, Schutz und Fürsorge insbesondere für die Landwirtschaft. (Lebhafter Beifall.) Ich habe vor Ihnen einmal gesagt, daß ich die Bezeichnung als Agrarier als Ehrentitel ansehe, als rühmliche Anerkennung. (Bravo.) Und wenn ich mich einmal aus dem öffentlichen Leben zurückziehe — der Augenblick wird ja mal kommen, wenn auch vielleicht nicht so bald, wie das dieser oder jener zu wünschen scheint (Große Heiterkeit) — so mag man nur auf meinen politischen Leichenstein schreiben: „Dieser ist ein agrarischer Reichskanzler gewesen." (Lebhafter Beifall.) Und warum, meine Herren, war ich das, und bin es und werde es bleiben? Weil eine vernünftige agrarische Politik meiner vollen Ueberzeugung entspricht, weil sie sich wirtschaftlich und politisch wohl bewährt hat. Ich sage politisch auch im Rückblick auf die Wahlen. Mit Recht hat mein Freund, Herr von Oldenburg, darauf hingewiesen, daß wir dem braven Schwein Dank schulden. (Stürmische Heiterkeit.) Gar manchen Abgeordneten hat es durch den reißenden Wahlstrom getragen. Schon darum gebe ich es nicht preis, sondern schütze es vor Pestilenz. (Bravo!) Daß aber diese meine Politik sich auch wirtschaftlich bewährt hat, beweist die gegenwärtige wirtschaftliche Lage. (Sehr richtig!) Die Landwirtschaft fängt an sich endlich zu erholen, die Industrie blüht. Das Gedeihen des einen Erwerbszweiges ist aber kein Schaden für den anderen. Die Industrie kann um so gewisser auf eine ruhige und stetige Entwickelung rechnen, je mehr sie sich den inneren Markt sichert. (Sehr richtig!) Die Landwirtschaft kann eine blühende Industrie vertragen, denn sie hat in der Industrie einen hervorragenden Konsumenten. (Sehr richtig!) Ich weiß wohl, meine Herren, daß eine industrielle Hochkonjunktur Nachteile für die Landwirtschaft mit sich bringt infolge des Arbeitermangels. Da ist es die Aufgabe der Staatskunst und der berufenen Organe, der Landwirtschaft, durch planmäßige Ansiedelungen und Seßhaftmachung der Arbeiter Wandel zu schaffen. Ich vertraue, daß mein verehrter Kollege, der neue Landwirtschaftsminister, den Spuren seines vortrefflichen Vorgängers folgend (Stürmischer Beifall), auch diese Frage, wie das Problem, das große Problem der Entschuldung, zu einem günstigen Abschluß führen wird. An meiner Hilfe wird es ihm nicht fehlen. (Lebhaftes Bravo.)

Und nun noch eins. Ich will dankbar anerkennen, daß mich die Landwirtschaft und daß mich insbesondere der Bund der Landwirte nicht im Stich gelassen haben, vor allem nicht in meinem Kampfe gegen die Sozialdemokratie. (Lebhaftes Bravo.) Mein Verhältnis zum Bunde der Landwirte war ja anfänglich etwas stürmisch. (Große Heiterkeit.) So geht es gerade in guten Ehen, daß man sich zunächst kabbelt und zankt, bis man sich kennen gelernt und aneinander gewöhnt und ineinander gefunden hat. (Heiterkeit.) Dann geht es um so besser. Ich halte es trotzdem nicht für ausgeschlossen, daß auch in Zukunft gelegentlich Meinungsverschiedenheiten zwischen mir und dem Bund der Landwirte vorkommen werden. (Große Heiterkeit.) Denn für mich als Reichskanzler kann es nur eine einzige Richtschnur geben: das wohlerwogene Gesamtinteresse des Landes; darum kann ich mich nie einer Partei, einer Richtung ganz zu eigen geben. Und der Bund der Landwirte ist seinerseits kein offiziöses oder offiziöses Organ, er steht auf eigenen Füßen. Wohl möglich, daß die Deutsche Tages-Zeitung, deren Haltung ich neulich verdiente Anerkennung gezollt habe, mal wieder mit mir ins Gericht gehen wird. (Heiterkeit.) Ich werde aber trotzdem dem Bunde der Landwirte stets Gerechtigkeit widerfahren lassen, und ich hoffe, daß er fortfahren wird, tapfer, aber auch klug, mit Entschiedenheit, aber auch mit politischem Geschick unter Anerkennung der berechtigten Forderungen anderer Erwerbsstände für die Landwirtschaft einzutreten. (Lebhafter Beifall.)

Die Landwirtschaft aber möge überzeugt sein, daß ihre wirtschaftliche, sozialpolitische und politische Bedeutung von den verbündeten Regierungen verstanden und gewürdigt wird. Sie wird auch an derjenigen Stelle gewürdigt, deren Ihr verehrter Vorsitzender, Graf Schwerin, soeben in so schönen und beredten Worten gedacht hat. Als ich vor einigen Jahren die Söhne unseres Kaisers in Plön besuchte, führten sie mich nach einer Insel im Plöner See, wo ihnen ein kleiner landwirtschaftlicher Betrieb eingerichtet worden war. Auf dem Häuschen, das in diesem Betriebe lag, standen die Worte: „Nihil melius, nihil homine libero dignius quam agricultura." „Nichts besseres gibt es, nichts was des freien Mannes würdiger wäre als die Landwirtschaft." (Stürmisches Bravo!) In dieser Gesinnung erzieht unser Kaiser seine Söhne, solche Gesinnung hegt er selbst. (Lebhafter Beifall.) Wir aber, meine Herren, vereinigen uns auch heute in dem Rufe und in dem Wunsche: „Die deutsche Landwirtschaft sie blühe und gedeihe! Der Deutsche Landwirtschaftsrat lebe hoch!"

Wie uns bei Redaktionsschluß noch gemeldet wird, stimmte der Deutsche Landwirtschaftsrat in seiner gestrigen Sitzung dem Antrage zu, den Herrn Reichskanzler dringend zu bitten baldigst dafür zu sorgen, daß die Forschungen Behrings vom Reiche unterstützt werden, damit namentlich ähnliche Versuche, wie sie in Argentinien in Aussicht stehen, auch bei uns vorgenommen werden können. Der Landwirtschaftsrat nahm ferner einen Antrag an, worin zuverschtlich das Vertrauen zur Reichsregierung ausgesprochen wird, daß bei Aenderung der bestehenden Börsengesetzgebung keinesfalls eine Abschwächung des Verbots des börsenmäßigen Terminhandels in Getreide und Mühlenfabrikaten und keinesfalls eine Aufhebung des Börsenregisters erfolgt.

---

* **Deutschland und Frankreich.** Der deutsche Botschafter in Paris Fürst Radolin begab sich am 14. cr. in das französische Ministerium des Aeußeren, um dem Minister Pichon mitzuteilen, daß Seine Majestät der deutsche Kaiser ihn damit beauftragt habe, der französischen Regierung und der Familie Casimir-Périers sein und der deutschen Regierung Beileid zu dem Tode des ehemaligen Präsidenten der Republik auszusprechen. Der Minister des Aeußeren bat den deutschen Botschafter, Seiner Majestät dem Kaiser und der Berliner Regierung den Dank der französischen Republik für diesen Schritt übermitteln zu wollen, der ganz besonders gewürdigt werden würde, und den zur Kenntnis des Präsidenten der Republik und der Familie Casimir-Périers zu bringen er sich beeilen würde.

---

* **In der Sitzung des Bundesrats** am 14. cr. fand der Ausschußbericht über die Vorlage betreffend einen Vertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Luxemburg über den Beitritt Luxemburgs zur norddeutschen Brausteuergemeinschaft Zustimmung. — Der Ausschußantrag zu der Vorlage betreffend die Regelung des Radfahrverkehs wurde angenommen.

* **Die Budgetkommission des Reichstages** setzte am Donnerstag die Beratung des Notetatgesetzes fort und zwar bei der Gewährung außerordentlicher einmaliger Beihilfen an die am geringsten besoldeten Unterbeamten des Reichsdienstes und den dazu vorliegenden Anträgen. Nachdem der bezügliche Zentrumsantrag abgelehnt worden ist, wird eine Resolution Wiemer angenommen, nach der die verbündeten Regierungen ersucht werden, bis zur dritten Lesung des Etats ihr Einverständnis damit auszusprechen, daß den Unterbeamten je 100 und den übrigen Beamten, deren Gehalt 4200 Mk. nicht übersteigt, je 150 Mk. als einmalige außerordentliche Beihilfe gewährt werden.

---

* **Zur braunschweigischen Frage.** Beim Regentschaftsrat ist, wie die „Braunschweigische Landeszeitung" meldet, ein Protest des Herzogs von Cumberland gegen den Beschluß des braunschweigischen Landtages betreffend die Regentenwahl eingelaufen.

Bei Schluß der Redaktion wird uns noch aus Braunschweig gemeldet: Das bereits erwähnte Protestschreiben des Herzogs von Cumberland ist an das braunschweigische Staatsministerium gerichtet und ist vom 12. März datiert; es wendet sich nicht, wie gemeldet, gegen den letzten Beschluß des Landtages, sondern gegen den Beschluß des Bundesrates.

Deutscher Reichstag.

18. Sitzung vom 14. März, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf v. Posadowsky, Freiherr v. Stengel.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste und event. zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend den **Hinterbliebenen-Versicherungsfonds und den Reichs-Invalidenfonds.**

Schatzsekretär **v. Stengel:** Zweck der Vorlage ist, die Verwaltung des nach § 15 des Zolltarifgesetzes vom 31. Dezember 1902 anzusammelnden Fonds für die Relikten-Versicherung möglichst billig und möglichst einfach zu gestalten. Die Verwaltung des Fonds soll deshalb dem Reichs-Invalidenfonds übertragen werden. Der Schatzsekretär legt dann noch näher die Details dar, wie die Vorlage sie vorsieht: getrennte Aufbewahrung der Fonds, ferner: Erwerbung von Schuldverschreibungen für den Reliktenfonds aus den Beständen des Invalidenfonds ohne Vermittelung von Banhhäusern.

Abg. **Gamp** (Reichsp.) erklärt für seine Freunde, daß sie mit der Vorlage in allen ihren Teilen einverstanden seien. Aber er halte es für richtig, die ganze bisherige Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds eingehen zu lassen, da sie noch viel zu viel unnötige Kosten mache. Man könne Erwerbungen für den Reliktenfonds einfach in das Reichsschuldbuch eintragen lassen, und die notwendigen verfügbaren Beträge könne man der Reichsbank in Depot geben.

Schatzsekretär **v. Stengel** gibt dem Vorredner zu bedenken, in Bayern gebe es gar kein Staatsschuldbuch. Ueberhaupt stelle sich der Vorredner die Sache doch wohl etwas einfacher vor, als sie sei.

Hierauf wird die Vorlage gleich in zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die Interpellation **Heyl von Herrnsheim und Stresemann** betreffend eine eventuelle **staatliche Pensions- und Hinterbliebenen-Versorgung für die Privatbeamten.** Die Frage geht dahin: ob das Ergebnis der Materialbeschaffung und Verarbeitung nunmehr vorliege, und wann die von dem Staats-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190703152-13/fragment/page=0001

sekretär schon am 10. Mai 1904 in Aussicht gestellte Denkschrift dem Reichstage zugehen werde.

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt sich bereit, sofort zu antworten.

Abg. Henl zu Herrnsheim (natlib.) begründet die Interpellation. Die Regierung klagt über die Flut von Anträgen, aber sie ist selbst schuld daran. Warum hält sie sich so zurück? Hätten wir schon die in der kaiserlichen Botschaft verheißenen Arbeitskammern, dann brauchten die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht als feindliche Armeen jahraus jahrein einander gegenüberzutreten. Mit dem Zehnstundentag für die Arbeiterinnen erklärt sich die Regierung jetzt einverstanden, während wir am Rhein schon seit Jahren den 8½-Stundentag für die männlichen Arbeiter haben. Das praktische Leben geht vorwärts, und die Regierung hinkt immer hinterdrein. Mit einer Denkschrift über die Pensionsversicherung der Privatangestellten allein ist nicht gedient, es muß auch eine Vorlage gebracht werden.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Neulich war von einem Automobiltempo unserer Sozialpolitik die Rede; jetzt höre ich, daß wir hinterdrein hinken. Der Staatssekretär macht Mitteilungen über die Erhebungen. Meine Herren, die Denkschrift ergeht sich auch über die finanziellen Fragen; wie hoch die Beiträge zu bemessen sein würden? Es sind bei der Berechnung der Kosten die von den Privatbeamten selber gestellten Forderungen zugrunde gelegt worden. Will man die Pensionsverhältnisse genau so wie bei den Reichsbeamten regeln und rechnet man die Heilpflege mit hinzu, so würden 19 Prozent des Durchschnittsgehalts (den wir auf 2100 Mark berechnet haben) als Jahresbeitrag aufzuwenden sein. Die Denkschrift wird Ihnen heute noch zugehen. Danach werden die Privatbeamten selber zu prüfen haben, welcher Weg zu beschreiten ist. Zu prüfen wird aber ferner sein, ob nicht eine Zwangsversicherung in bedenklicher Weise in die private Versicherung eingreift. Ehe Sie also alle diese Fragen entscheiden, werden Sie und die Privatbeamten sich erst in die Details der Denkschrift zu vertiefen und sich namentlich auch zu fragen haben, ob die Privatbeamten auch imstande sind, die hohen Beiträge zu zahlen. Ueber die sittliche Berechtigung des Verlangens der Privatbeamten und über die wirtschaftliche Notwendigkeit der Versicherung kann kein Zweifel sein. Zweifelhaft kann man nur darüber sein, welcher Weg zu betreten ist. Und ehe man sich darüber entscheidet, werden die verbündeten Regierungen, der Reichstag und die Beteiligten die Denkschrift sorgfältig zu prüfen haben.

Auf Antrag Bassermann erfolgt Besprechung der Interpellation.

Abg. Sittart (Ztr.): Hoffentlich kommt die Sache nun schnell vorwärts. Die historische Darstellung des Interpellanten müsse er aber doch etwas berichtigen. Er selber, Redner, sei es nämlich, der als der allererste die Versicherung der Privatbeamten angeregt habe.

Abg. Pauli-Potsdam (kons.): Daß das Zentrum die Priorität hat, ist ein Irrtum. Mein Freund Frhr. v. Richthofen ist vorher schon gekommen. (Heiterkeit.) Wenn sich also noch eine andere Partei meldet, sind wir die ersten. (Heiterkeit.) Auch dieser Redner spricht sich in ähnlicher Weise aus wie der Vorredner.

Abg. Dr. Potthof (frs. Vp.): Die Erklärungen des Staatssekretärs haben mich angenehm überrascht. Er hat das Vertrauen gerechtfertigt, das die Privatbeamten in ihn setzen. Sie wünschen, daß er noch lange in seinem Amt einflußreich wirkt. Jedenfalls werde ich mich freuen, wenn wir alle, auch das Zentrum, in diesen Dingen zusammengehen. Ich setze voraus, daß der Staatssekretär jedenfalls die jetzige Denkschrift als den Anfang seines gesetzgeberischen Vorgehens betrachtet wissen will. Der Staatssekretär erklärte einen Jahresbeitrag von 19 Prozent des Gehaltes für nötig. Ich setze dabei voraus, daß davon die Hälfte auf die Arbeitgeber entfällt und daß dann noch ein Reichszuschuß in Abzug kommt.

Abg. Heine (Soz.): Einstweilen hören wir nur, daß das Automobil geheizt ist, daß aber der Zug noch nicht abgefahren ist. Bekanntlich war es Herr v. Dirksen, der das Wort von dem Automobil-Tempo gebraucht hat. Sachlich sind wir natürlich durchaus einverstanden mit dieser Fürsorge für die Privatbeamten. Aber keinesfalls sollte man dabei den Zusammenhang mit den Arbeiterversicherungsgesetzen lösen! Die Konkurrenzklausel erschwert den Angestellten das anderweite Fortkommen. Wir haben zugunsten der Privatbeamten bekanntlich einen Antrag mit verschiedentlichen Forderungen eingebracht. Hoffnungsvoll stimmen mich die Ziffern des Staatssekretärs eigentlich nicht, 19 Prozent des Einkommens als Versicherungsbeitrag, das ist zu hoch. Auf jeden Fall muß es sich handeln um eine Reichs-Versicherung, und um eine obligatorische.

Abg. Linz (Reichsp.) erklärt namens seiner Fraktion, daß auch sie die Privatbeamten-Versicherung für eine der wichtigsten Aufgaben halte. Die Privatbeamten hätten sich gerade auch bei den letzten Wahlen als eine Stütze der bürgerlichen Gesellschaft gezeigt, um so mehr Anlaß hätten die bürgerlichen Parteien, sich hier der Privatbeamten anzunehmen. Bedauerlich sei, daß die Regierung aus dem ersten Stadium der Vorbereitungen für diese Fürsorge noch nicht heraus zu sein scheine. Man solle die Sache doch etwas mehr beschleunigen.

Abg. von Saß-Jaworski (Pole) erklärt, auch seine Freunde brächten dem Gegenstande das wärmste Interesse entgegen.

Abg. Bruhn (Reformp.) tritt für die Privatbeamten-Versicherung ein.

Abg. Stresemann (natl.) bestreitet gegenüber dem Abg. Sittart, daß die Nationalliberalen früher Gegner einer solchen Versicherung gewesen seien. Seine Freunde seien stets aus wahrem Interesse für die Sozialpolitik eingetreten. Dafür bürge schon die Tätigkeit des Fraktionsvorsitzenden Bassermann. Auch die deutsche Industrie und der deutsche Handel hätten ein Interesse daran, daß etwas für die Privatbeamten geschehe, daß die Unsicherheit ihrer Existenz aufhöre.

Abg. Hormann (frs. Vp.): Für die Arbeiterschaft ist zweifellos sozialpolitisch viel getan worden. Leider aber hat man die Privatbeamten bisher kaum berücksichtigt. Der Angestellte ist abhängig von der Wohlätigkeit des Arbeitgebers, und das empfindet er bitter. Man muß dafür sorgen, daß der Privatbeamte unabhängig vom Arbeitgeber sichergestellt wird, und das kann nur geschehen durch staatliche Pensions-Versicherung. Allerdings darf dabei die Prämie nicht 19 Prozent des Einkommens betragen, die der Staatssekretär in Aussicht gestellt hat. Damit ist den Privatbeamten nicht geholfen; das können sie schon jetzt durch Privatversicherung haben. (Sehr richtig!)

Abg. Sittart (Ztr.) sucht darzulegen, daß die bürgerliche Linke tatsächlich denn doch nicht das Verdienst hätte, zugunsten einer Versicherung für Privatbeamte bahnbrechend gewesen zu sein. Aber er freue sich um so mehr, daß jetzt gerade die Nationalliberalen mit der Interpellation die Führung übernommen hätten. In Bezug auf das früher nichts weniger als sozialpolitische Verhalten der Nationalliberalen beruft sich Redner u. a. auf die „Hamburger Nachrichten". (Gelächter bei den Natlib.)

Abg. Henl v. Herrnsheim (natl.): Herr Sittart sollte doch wissen, daß die „Hamburger Nachrichten" mit der nationalliberalen Partei nichts zu schaffen haben.

An der Debatte beteiligen sich noch die Abgg. Potthof, v. Henl, worauf

Staatssekretär Graf Posadowsky darauf hinweist, wie außerordentlich viel schätzbares Material die heute zur Verteilung gelangende Denkschrift enthalte. Das Material darin sei für einen versicherungstechnischen Aufbau der Privatbeamten-Versicherung unentbehrlich. Ohne dieses Material wäre der Erlaß eines solchen Gesetzes versicherungstechnisch unmöglich geworden.

Abg. Stresemann (natl.) erwidert noch dem Abg. Sittart, daß gerade der Bund der Industriellen, im Gegensatze zu dem ihm von dem Abg. Sittart unterstellten Verhalten, ihn selbst aufgefordert habe, in dieser Frage im Reichstage antreibend vorzugehen.

Abg. Erzberger (Ztr.) entnimmt der ganzen Geschichte der Sozialpolitik, daß gerade die Industriellen einer ausgiebigen Sozialpolitik — in allen ihren Teilen, also namentlich auf dem Gebiete von Arbeiterschutz und Arbeiterrecht, z. B. Koalitionsrecht — die beharrlichste Opposition gemacht hätten.

Abg. Heine (Soz.): Die nationalliberalen Redner haben mit Entrüstung die Bezugnahme auf die „Hamburger Nachrichten" abgewiesen. Aber der betreffende Artikel hat ohne jede Aenderung auch in der „Pfälz. Presse" gestanden! (Hört, hört!) Im übrigen haben ja die Nationalliberalen in solchen Dingen stets zwei Seelen gehabt. So sprach bei dem Gesetz über die Berufsvereine Herr Bassermann in einer Weise, die anzuerkennen ist. Und wie er, sprach auch Herr Reumer gegen diesen Gesetzentwurf. Nur mit dem Unterschiede, daß ihm der Entwurf in Begünstigung der Arbeiter zu weit ging! (Heiterkeit.) Sollte das jetzt bei den Nationalliberalen anders werden (Heiterkeit), so soll uns das lieb sein. Nur glauben Sie nicht, daß, wenn Sie jetzt ernsthaft und einig Sozialpolitik treiben, Sie uns damit aus dem Sattel heben.

Darauf kommt es zu einer längeren Auseinandersetzung zwischen den Abgg. Frhrn. zu Henl (natl.), Heine (Soz.), Bebel (Soz.) u. a. über den Anteil der einzelnen Parteien an der Sozialpolitik.

Damit schließt die Besprechung.

Freitag 1 Uhr: Interpellation über Wahlbeeinflussungen. Schluß 6 Uhr.

Preußischer Landtag.

Herrenhaus.

4. Sitzung vom 14. März.

Am Ministertisch: Breitenbach, Frhr. v. Rheinbaben.

Zunächst werden die neu eingetretenen Mitglieder Landgraf von Hessen und Graf Raczeski vereidigt.

Der Antrag v. Chlapowski auf Einstellung eines gegen das Mitglied des Herrenhauses v. Koscielski schwebenden Strafverfahrens wird nach kurzer Erörterung gemäß dem Kommissionsvorschlage abgelehnt.

Hierauf erledigte das Haus die Berichte über die Betriebsergebnisse der Eisenbahnen für 1905 durch Kenntnisnahme.

Es folgt die Beratung des Beamtenpensionsgesetzes.

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: Wir halten den Wunsch des Hauses, reichlicher mit Vorlagen bedacht zu werden, für vollauf berechtigt und haben deshalb diese Vorlage zuerst dem Herrenhause unterbreitet. An den Grundlagen des Pensionsgesetzes wollen wir nicht rütteln, sondern nur zugunsten der Beamten einige Aenderungen treffen, einerseits, um mit den süddeutschen Staaten Schritt zu halten, andererseits aus Rücksicht auf die allgemein teurer gewordene Lebenshaltung. Die Pension wird nach vollendetem zehnten Dienstjahre von einem Viertel auf ein Drittel erhöht, ähnlich wie bei den Militärbeamten und den Offizieren. An Stelle des Gnadenmonats tritt im Todesfalle für die Hinterbliebenen das Gnadenquartal, ebenso wie beim Militärpensionsgesetz. Das Gnadenquartal soll nicht nur den Müttern und Kindern, sondern auch anderen Angehörigen, speziell den alten Eltern, gewährt werden. Rückwirkende Kraft können wir dem Gesetz nicht geben mit Ausnahme der Kriegsteilnehmer, welche eine höhere Pension erhalten sollen. Der Mehraufwand für Pensionen und Relikten ist bedeutend, deshalb können wir über die vorgeschlagenen Sätze nicht hinausgehen.

Berichterstatter Graf v. Königsmarck beantragt namens der Kommission die Annahme des Gesetzes.

Oberbürgermeister Struckmann-Hildesheim begrüßt die Einbringung der Vorlage, bezweifelt aber, daß bei der Wichtigkeit der Materie es bei der großen Mehrheit des Hauses möglich gewesen sei, sich eingehend in die Sache zu vertiefen, und beantragt deshalb Zurückverweisung an die verstärkte Kommission, zumal es sich um wichtige staatliche und kommunale Fragen handele.

Graf Botho zu Eulenburg spricht sich gleichfalls für nochmalige Kommissionsberatung aus, bittet aber, wenn möglich, noch vor Ostern die Plenarverhandlung stattfinden zu lassen.

Präsident Fürst Knyphausen hält es für möglich, daß das Herrenhaus die Vorlage nochmals in nächster Woche, am 20. März, zur Beratung stellt.

Hierauf wurde die Vorlage an die Kommission zwecks schriftlicher Berichterstattung zurückgewiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 20. März. — Schluß gegen 3½ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

33. Sitzung vom 14. März, 12 Uhr.

Am Ministertisch: von Studt.

Die zweite Lesung des Kultusetats wird mit einer Besprechung des polnischen Schulstreiks begonnen.

Abg. Szychel (Pole): Das Vorgehen der Regierung gegen die Polen hat beim unabhängigen Teile der deutschen Bevölkerung und in der ganzen gebildeten Welt Beunruhigung geweckt. (Lachen rechts und bei den Nationalliberalen.) Nur dem bewundernswerten Langmut der Polen ist es zu danken, daß der Schulstreik nicht schon längst ausgebrochen ist. (Schallendes Gelächter.) In Ungarn streben doch auch die Deutschen danach, ihre Kinder in der Muttersprache unterrichten zu lassen. Der Minister sprach in der Kommission von politischen Motiven. Diese hat aber nur die Regierung in den Schulstreik hineingetragen. Der Staat tritt hier die pädagogischen Grundsätze geradezu mit Füßen. Ich finde es geradezu unerhört, daß auch jetzt noch in der Unterstufe an polnischen Kindern der Religionsunterricht in deutscher Sprache erteilt wird. Gar manche polnische Kinder verstehen gar nicht, was sie im deutschen Gebet aussprechen. Die Regierung arbeitet mit unerhörtem Terrorismus. (Oho! rechts.) Auf Seiten der deutschen Lehrer wird eine barbarische Roheit sondergleichen geübt. Das zeigen ärztliche Atteste. Haben doch Kinder in einer Stunde 20 bis 30 Schläge bekommen, so daß sie ohnmächtig zusammenbrachen. (Unruhe rechts.) Eine spätere Zeit wird zeigen, von wie edlen Motiven sich die polnischen Kinder bei ihrem passiven Widerstand haben leiten lassen. (Beifall bei den Polen.)

Kultusminister Dr. v. Studt: Die Argumente des Vorredners sind schon oft genug widerlegt worden. Die Regierung würde den nationalen Interessen nicht gerecht, wollte sie der großpolnischen Bewegung nicht entgegentreten, die die deutschen Katholiken des Ostens durchaus polonisieren will. Daß beim Schulstreik die Lehrer hier und da zu harten Strafen greifen mußten, ist nicht auffällig. Die lange Dauer des Schulstreiks ist hier und da auf den Terrorismus einzelner Schüler zurückzuführen. Man sagt, die eigentlichen Gründe des Schulstreiks seien in den Herzen der polnischen Eltern zu suchen. In Wahrheit sind die Eltern von polnischen Agitatoren verhetzt worden. Der Aufruf des polnischen Komitees und der Hirtenbrief des Erzbischofs hatte ein plötzliches Aufflammen des Schulstreiks zur Folge und die polnische Presse aller Richtungen hat dann nach Kräften geschürt. Ueber die pflichtgetreuen deutschen Lehrer erging eine Flut von Schmähungen und Verleumdungen. Die Schilderung der Züchtigung ist unerhört übertrieben worden. Als ein Lehrer einen Schüler überlegen wollte, entdeckte er, daß der Schüler drei Paar Hosen anhatte. (Heiterkeit.) Die Verhetzten haben sich nicht darauf beschränkt, den Lehrern die Fenster einzuschlagen; die Lehrer sind auch beschimpft und bedroht worden, sie wurden vereinzelt sogar mißhandelt und die Schulräume wurden beschädigt. Den Schaden wird die polnische Bevölkerung selbst tragen. Die Autorität wird völlig untergraben. (Sehr wahr!) Erfreulicherweise geht der Schulstreik mehr und mehr zurück, dank des großen Taktes der Lehrer (Lärm bei den Polen, lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit) und der Festigkeit der Regierung. Wir werden weiter fest bleiben, denn auf unserer Seite ist nicht nur die Macht, sondern auch das gute Recht. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. v. Jazdzewski (kons.): Bei der ganzen Angelegenheit handelt es sich darum, daß die Regierung verlangt, in den preußischen Schulen müsse deutsch gesprochen werden. Wo nötig, kann der Religionsunterricht in der Muttersprache erteilt werden. Wo das angebracht, darüber entscheidet die Schule, die Herren von der polnischen Fraktion wollen aber selbst darüber entscheiden, womöglich die Kinder selbst entscheiden lassen. Wie die Herren von der polnischen Fraktion von einer Knebelung der katholischen Religion sprechen können, ist mir unerfindlich. Für die nationalen Fragen wäre es bedenklich, wenn man den polnischen Geistlichen zu weit entgegenkäme. Es handelt sich hauptsächlich um eine Aenderung des nationalen Kampfes. (Bravo!) Sie stoßen aber auf eine Nation. (Beifall.) Wir müßten uns selbst aufgeben, wenn wir Ihre Wünsche erfüllten. (Beifall.) Sie würden immer weiter gehen und schließlich hätten wir statt der deutschen eine polnische Schule. (Beifall.) Es ist einer so tapferen und edlen Nation, wie es die Polen sind, nicht würdig, wenn sie in diesem nationalen Kampfe die Kinder voranschickt. (Lebhafter Beifall.) Die Regierung ist auf dem richtigen Wege, wir sind genötigt, die Regierung auf ihrem Wege zu unterstützen. (Lebhafter Beifall.) Wer hat Ihnen (zu den Polen) eine Kultur gebracht, wie Sie sie früher nie gekannt (Beifall), wer hat eine so geordnete Verwaltung eingeführt, wie sie in Polen wohl nie gewesen? (Lebhafter Beifall.) Wir werden und können die Staatsregierung nicht im Stich lassen, wenn sie die Zucht und Ordnung aufrecht erhält. (Stürmischer Beifall.)

Abg. Dr. Dittrich (Ztr.): Die Schule ist sicher nicht dazu da, die Kinder in die politischen Kämpfe der Gegenwart einzuführen. Freilich sollte sich der Staat mit den kirchlichen Organen verständigen, in welcher Sprache der Religionsunterricht erteilt werden soll. Wir halten es für unpädagogisch, die Kinder in einen schweren Gewissenskonflikt zu bringen. Wir bedauern den polnischen Schulstreik und hoffen auf seine baldige Beilegung.

Abg. Dr. v. Jagbzewski (Pole): Bis zum Jahre 1878 hat auch die Unterrichtsverwaltung den Standpunkt vertreten, der Religionsunterricht müsse in der Muttersprache erteilt werden. Der einzige Ausweg aus den jetzigen Schwierigkeiten scheint nur zu sein, den Religionsunterricht wieder den Geistlichen zu übertragen.

Minister Dr. v. Studt tritt der vom Vorredner vertretenen Auffassung entgegen, als verlange ein Grundsatz der katholischen Kirche die Erteilung des Religionsunterrichtes in der Muttersprache.

Abg. Dr. Friedberg (natl.) warnt, der Forderung auf Erteilung des Religionsunterrichtes in der Muttersprache nachzugeben. Das würde zur Polonisierung aller Schulen des Ostens führen. (Zustimmung.) Die Regierung ist hier fest, aber maßvoll aufgetreten. Den deutschen Lehrern im Osten gebührt herzlicher Dank. Bleibt die Regierung fest, dann wird ihr auch die Unterstützung der Mehrheit dieses Hauses nicht fehlen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Frhr. v. Zedlitz (kons.) führt den Schulstreik auf politisch-revolutionäre Motive zurück. Dem Danke an die deutschen Lehrer des Ostens schließen wir uns gern an. Wir müssen aber ernstlich untersuchen, ob nicht diejenigen zu bestrafen sind, die ihre Kinder zum Ungehorsam gegen die Lehrer verführen. Der Staat muß den Schulstreik zum schnellen Ende führen. (Lebhafter Beifall.)

Das Haus vertagt sich auf Freitag 12 Uhr. — Schluß 5 Uhr.

Ausland.

Bulgarien.

Zur Ermordung Petkows.

Die Beisetzung Petkows findet heute, Freitag, statt; Petkow wird seinem Wunsche gemäß an der Seite Stambulows beigesetzt werden.

Ferner geht uns noch folgende Meldung aus Sofia zu: Während der Mörder des Ministerpräsidenten Petkow bisher ein selbstbewußtes Benehmen zur Schau trug, beginnt er jetzt kleinmütiger zu werden und zeigt bereits Reue. Das Verhör mit ihm wird unter Zuziehung von Zeugen abgehalten, um etwaigen Behauptungen zu begegnen, daß der Mörder bei seinen Aussagen beeinflußt worden sei. Die gerichtsärztliche Untersuchung ergab, daß der Mörder geistig normal, wenngleich hochgradig exaltiert sei. Die meisten Verhafteten wurden wieder auf freien Fuß gesetzt. Im ganzen sind etwa 80 Personen noch in Haft, darunter einige, mit welchen der Mörder heimliche Zusammenkünfte hatte. Der Mörder gestand, daß er den Mord unter dem Einfluß der verhetzenden Artikel der oppositionellen Presse, sowie wegen seiner eigenen und seiner Mutter verzweifelten materiellen Lage verübt habe. Er gestand ferner ein, daß der Mordplan mit den Komplizen zu wiederholten Malen beraten worden sei, wobei beschlossen wurde, den Fürsten Ferdinand oder den Minister Petkow oder Genadiew zu töten, damit das jetzige gewaltsätige Regime beseitigt werde. Auch zwei in Frankreich studierende Universitätshörer hätten den Mörder brieflich zu der Mordtat angefeuert.

Afrika.

Aus Marokko.

Gerüchtweise verlautet, daß Raisuli nunmehr wirklich das Marabut Abdel Salem verlassen habe, um sich nach dem Süden zu flüchten. Man erwartete, daß in Tanger am 14. cr. Abgesandte der Beni-Aros eintreffen würden, um El Gebbas die Unterwerfung des Stammes anzuzeigen.

Aus Nah und Fern.

Die Katastrophe auf der „Jena". Präsident Fallières hat dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, daß er sich entschlossen habe, der feierlichen Beisetzung der Opfer der „Jena"-Katastrophe beizuwohnen. Die vom Ministerpräsidenten befragten Minister haben diesem Entschlusse zugestimmt und Präsident Fallières wird sich Freitag abend in Begleitung des Ministerpräsidenten und des Kriegsministers nach Toulon begeben.

Nach einer Meldung aus Toulon unterm 14. März wurde in der Donnerstag-Nacht in der Munitionskammer des Hinterschiffes der „Jena" ein Knäuel furchtbar verbrannter und verstümmelter Leichen gefunden, deren Zahl auf annähernd 50 geschätzt wird. — Die meisten Verwundeten leiden furchtbar, haben fast durchweg hohes Fieber und müssen sorgfältig gepflegt und überwacht werden, da sie jeden Augenblick im Fieberdelirium die Verbände von den Brandwunden reißen. Nach Angabe eines Berichterstatters ist es möglich, daß eine Pulverkiste offen geblieben und durch einen von Kurzschluß herrührenden Funken zur Explosion gebracht worden ist.

Das Marineministerium erklärt die Beschaffenheit der „Jena" für sehr bedenklicher Natur. Nach amtlichen Feststellungen sind bis jetzt 98 Leichen von der Besatzung geborgen, aber noch nicht refognosziert. Die Beerdigung der Opfer soll am Sonnabend vormittag 10 Uhr stattfinden.

Der Bischof von Toulon hat dem Papste auf dessen an ihn gesandte Beileidsbepesche geantwortet, er habe die Beileidskundgebung den Marinebehörden übermittelt. Die französische Nation, die Flotte und die von dem Unglück betroffenen Familien seien von tiefer Dankbarkeit erfüllt für die Anteilnahme des Papstes.

Bei Redaktionsschluß laufen noch folgende Meldungen ein: Toulon, 14. März. Bis heute nachmittag waren 108 Leichen geborgen. Die Trümmer sind jetzt entfernt und die Beschädigungen, die das Schiff erlitten hat, treten besser zutage: das

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190703152-13/fragment/page=0002

Hinterteil zeigt breite Risse. Der Schiffsraum, der noch voll Wasser ist, wird jetzt ausgepumpt. — Einige Verwundete werden in zwei bis drei Tagen soweit wiederhergestellt sein, daß sie das Hospital verlassen können. — Eine aus Offizieren und Matrosen bestehende Kommission ist mit den Feststellungen über das Unglück beschäftigt.

Paris, 14. März. Ein früherer Befehlshaber der „Jena" erklärte einem Berichterstatter des „Temps", das Linoleum, mit welchem die Fußböden des verunglückten Schiffes bedeckt seien, dürfte viel dazu beigetragen haben, daß die Feuersbrunst so rasch um sich griff. Nach übereinstimmender Ansicht der Fachleute sei es ausgeschlossen, daß die Explosion durch Kurzschluß entstanden sei. In den Munitionskammern der „Suffren", welche vollständig nach demselben Typ wie die „Jena" gebaut sei, gebe es gar keine elektrischen Leitungsdrähte.

*

Der Fall Hendschel in München. Gegen den seit einiger Zeit wegen Ermordung des Kaufmanns Hendschel in Haft befindlichen Zirkusdirektorssohn Niederhofer ist nunmehr, wie die „Münch. N. N." melden, auch eine Untersuchung wegen Raubmordes, begangen am 31. Mai 1906 an der Prostituierten Frieda Franke in Innsbruck, eingeleitet worden. Die polizeilichen Ermittelungen haben ergeben, daß Niederhofer zur Zeit dieses Mordes in Innsbruck war.

Folgenschwere Ueberschwemmungen. In Westpennsylvanien und Westvirginien sind große Ueberschwemmungen eingetreten. Viele Städte sind davon betroffen. Die Kohlengruben im Tale des Monongahela sind überschwemmt, Tausende von Bergleuten sind brotlos. Eine Anzahl von Personen soll ertrunken sein. Die niedriger gelegenen Bezirke von Pittsburg und Allegheny sind überflutet; der Verkehr wird dort durch Boote vermittelt. Die Ueberschwemmung droht noch größer zu werden als die verhängnisvolle Flut vom Jahre 1884.

Verhaftung unter Spionageverdacht. In Itzehoe wurde unter dem Verdachte der Spionage ein Mann von der Polizei verhaftet, welcher sich für einen französischen Deserteur ausgab und auch einem Artillerieoffizier seine Dienste anbot. Der Verhaftete spricht französisch, italienisch und spanisch und hat ein gewandtes Auftreten; er will mit einem deutschen Frachtdampfer von Spanien nach Deutschland gefahren und in der Nacht zum 14. cr. in Brunsbüttelkoog eingetroffen sein, um sich von dort zu seinem Bruder nach Dänemark zu begeben. Außer einigen wertlosen Gegenständen wurde bei ihm ein dänisches Seefahrtsbuch gefunden; er behauptet, dieses auf dem Dampfer von einem dänischen Heizer gekauft zu haben.

Schwerer Cyklon. Das französische Kolonialministerium teilt mit, daß ein Cyklon auf Madagaskar das Gebiet zwischen Rosivarika und Mananjara verheert hat. Einzelheiten fehlen, da die Telegraphenlinie infolge Regens unterbrochen ist.

Ueber ein Großfeuer wird uns aus Konstantinopel gemeldet: Sämtliche Anlagen der deutschen Levantinischen Baumwollengesellschaft in Adana sind am 13. cr. vollständig abgebrannt.

Die Genickstarre. In St. Ingbert (Pfalz) sind fünf Fälle von Erkrankung an Genickstarre amtlich festgestellt worden; ebenso in Ober- und Niederwürzbach je ein Fall. In Erweiler-Ehlingen ist ein Mann an Genickstarre gestorben. In allen Orten, in denen die Krankheit auftrat, wurden sofort die Schulen geschlossen.

Wissenschaft, Kunst und Theater.

— **Die Grabstätte Kants.** Wie die „Königsberger Hartungsche Zeitung" hört, wird die Grabstätte Kants in ihrer jetzigen Form vorn aussichtlich dem Neubau des Domes zum Opfer fallen. Die irdische Reste Kants sollen im Dome selbst an der Ouseite des hohen Chore beigesetzt, die Grabstätte in gleicher Weise wie die dort befindlichen Herzogskatafalke mit Epitaphien geschmückt werden. Die zu diesem Zwecke notwendigen größeren Mittel sollen bereits gesichert sein.

Letzte Telegramme.

Berlin, 15. März. Wie die „Voss. Ztg." hört, wird die Angelegenheit der Posener Erzbischofswahl erst nach vollständiger Beendigung des Schulstreiks ihren Fortgang nehmen. Die Kandidatenfrage sei soweit als gesichert anzusehen, daß nur ein Nachfolger polnischer Herkunft, aber zuverlässiger deutscher Gesinnung in Frage komme.

Leipzig, 15. März. Die Revision des Kindermörders Teßnow, der zweimal zum Tode verurteilt worden ist, ist vom Reichsgericht verworfen worden.

Duisburg, 14. März. In Meiderich erstickten zwei Arbeiter, die sich an einer Schlackenhalde zum Schlafen niedergelegt hatten.

Toulon, 14. März. Bis heute sind die Leichen von 107 der auf der „Jena" Verunglückten gefunden worden.

Pest, 14. März. In der Unabhängigkeitspartei zeigt sich eine Bewegung gegen einen langfristigen Ausgleich zwischen Oesterreich und Ungarn. Handelsminister Kossuth hat auf die Mitglieder der Unabhängigkeitspartei beruhigend einzuwirken versucht. Seine Aeußerungen haben auch die Mehrheit der Partei vollständig befriedigt.

Petersburg, 14. März. Die oppositionellen Parteien hielten heute abend Beratungen über ihre Haltung gegenüber der zu erwartenden Regierungserklärung ab. die bis tief in die Nacht andauerten, ohne daß ein endgültiger Beschluß erzielt wurde. Die Sozialdemokraten erklärten, daß sie bei ihrem Beschlusse verharren und schlugen der Arbeiterpartei vor, sich ihnen anzuschließen; die letztere weigerte sich aber. Morgen soll die Frage in einer Pause der Dumasitzung, die vor der Verlesung der Regierungserklärung stattfinden soll, nochmals von den Fraktionen beraten werden.

Petersburg, 14. März. Aus Elisabethgrad wird gemeldet, daß dort eine Judenhetze ausgebrochen sei.

Petersburg, 14. März. Heute abend wurde in der Wohnung eines sozialdemokratischen Abgeordneten, bei dem sich die sozialdemokratische Fraktion zu versammeln pflegt, eine Haussuchung vorgenommen. Neun dort angetroffene Personen, die aber nicht Abgeordnete sind, wurden verhaftet.

Newyork, 14. März. Einer Meldung aus Managua (Nicaragua) zufolge hat der Präsident von Nicaragua aus San Cher (Honduras) gestern telegraphiert, daß der Feind nach zweitägigem Kampfe bei Maraita vollständig geschlagen worden sei.

Wasserstände. (Letzte amtliche Nachrichten.)

Saale: Halle + 2,22, Trotha + 2,74, Alsleben + 2 58, Bernburg + 2,14, Calbe, Oberpegel + 1,92, Calbe, Unterpegel + 2,04. — **Unstrut:** Straußfurt + 1,70 **Moldau:** Budweis + 0,02, Prag + 0,48. — **Havel:** Brandenburg, Oberpegel + 2,57. Brandenburg, Unterpegel + 2,20, Rathenow, Oberpegel + 1,94, Rathenow, Unterpegel — 1,70 Havelberg + 3,14 — **Elbe:** Bardubitz + 0,38, Brandeis + 0,68 Melnik + 0,42 Leitmeritz + 0,29, Außig + 0,68, Dresden — 0,68 Torgau + 1,61. Wittenberg + 2 56. Roßlau + 2,10, Aken + 2,40 Barby + 2,52. Magdeburg + 2,16 Tangermünde + 3,14. Wittenberge + 2 94. Lenzen + 3,02, Dömitz + 2,47, Darchau + 2,20, Lauenburg + 2,51

Wetter-Aussichten auf Grund der Berichte der Deutschen Seewarte in Hamburg. (Nachdruck verboten.)

Sonnabend, 16. März: Veränderlich, naßkalt, Regenfälle, Wind.

Sonntag, 17. März: Wärmer, veränderlich, windig.

Börsen- und Handelsteil.

Allgemeines.

—y. **Norddeutscher Lloyd in Bremen.** Nach dem Geschäftsbericht pro 1906 betrugen bei 67 379 M Vortrag aus 1905 die Erträgnisse zusammen 36 373 588 M (im Vorjahre 33 029 335 M). An Lasten ergeben sich zusammen 23 587 009 M, wonach als Reingewinn 12 786 579 M (i. V. 11 059 280 M) verbleiben. Hieraus sollen die Aktionäre als Dividende 8½ % (i. V. 7½ %) erhalten, dem Reservefonds werden 635 960 M (i. V. 552 439 M) zugewiesen, dem Erneuerungsfonds 2 683 807 M (i. V. 2 188 171 Mark), ferner wird eine Jubiläumsstiftung für die Seemannskasse mit 500 000 M gemacht. Im Vorjahre waren sodann noch 300 000 M an den Schiffahrtstrust zu überweisen. Der Bericht berührt sodann die bekannte Erhöhung des Aktienkapitals um 25 Millionen M im vorigen Herbst und äußert sich über die Betriebsverhältnisse der einzelnen Linien u. a. wie folgt: Auf der Reichspostdampfer-Linie nach Ostasien läßt sich der Frachtverkehr als sehr gut bezeichnen. Der Passagierverkehr war ebenfalls gut. — Auf der Hauptlinie nach Australien entfaltet sich der Passagierverkehr stetig weiter. — Im nordamerikanischen Verkehr ist der nordatlantische Passagierverkehr in steter Zunahme begriffen, auch der Kajütsverkehr hat sich auf der bisherigen Höhe behauptet. Besonderer Beliebtheit erfreuen sich nach wie vor die großen Schnelldampfer des Nordd. Lloyd. Der nordatlantische Frachtverkehr gestaltete sich sehr befriedigend. — Der dem Nordd. Lloyd sehr förderliche Frachtverkehr auf der Oberweser hat infolge der neu errichteten Umschlagsplätze gut zugenommen und mit Recht steht eine große weitere Zunahme zu erwarten. — Im Verkehr nach Südamerika ist der Kajütspassagierverkehr im Wachsen begriffen, auch der Güterverkehr nach dem La Plata hatte in der zweiten Hälfte 1906 reichliches Ladungsangebot, so daß sich die Frachtsätze erhöhen ließen. — Der Bericht bringt dann Aeußerungen über die Linien nach Kuba, über die New-York-Mittelmeer-Linie, welche sich weiter kräftig gehoben hat, über die Linie Marseille—Neapel—Alexandrien und über den Passagier- und Frachtdienst von Marseille und Genua nach der Levante. Ein Gesamtüberblick besagt, daß im Jahre 1906 auf den transozeanischen Reisen der Nordd. Lloyd mit seinen Dampfern 491 338 Personen beförderte. Ueberhaupt fuhren per Nordd. Lloyd seit seinem Bestehen 6 469 217 Personen. An Frachtladung nahmen die Schiffe des Nordd. Lloyd im Jahre 1906 3 804 737 Kbm. auf gegen 3 537 347 Kbm. im Jahre 1905. In der beigefügten Bilanz stehen bei 125 000 000 M Aktienkapital der Erneuerungsfonds mit 9 524 266 M, der Versicherungsfonds mit 15 794 208 M, der Reservefonds mit 7 829 481 M und die Anleihen mit 54 095 000 M zu Buch, die Kreditoren ferner mit 41 023 105 M. Dem gegenüber betrifft der Hauptposten der Aktiven das in Seeschiffen (117 Stück) angelegte Kapital mit 161 346 000 M. Die Beteiligung an dritten Unternehmungen ist mit 30 409 810 M gebucht, die Effekten mit 6 303 660 M.

W. **Die Verhandlungen wegen Zusammenschlusses der deutschen Zuckerraffinerien** sind nach der „Köln. Ztg." gescheitert. Schwierigkeiten ergaben sich hauptsächlich bei der Festsetzung des Kontingents der Weißzuckerfabriken; einige große Raffinerien machten den Beitritt von der Beteiligung sämtlicher Rohzuckerfabriken abhängig.

A. Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

Bericht aus den Landwirtschaftskammern für die Provinz Sachsen und das Herzogtum Anhalt über tatsächlich erzielte Getreidepreise in der Woche vom 8.—14. März 1907.

Kreis	Preis pro 100 Kilogramm Weizen Mk.	Roggen Mk.	Gerste Mk.	Hafer Mk.	Erbsen Mk.
Osterburg	18,00	17,00	—	17,50	—
Salzwedel	17,00—18,00	16,00—16,50	17,00	17,25—17,80	—
Gardelegen	18,00	—	—	—	20,00
Stendal, Stadt	17,00—18,00	16,00—16,80	16,00—17,00	16,50—18,20	30,00*)
Stendal, Land	—	—	—	18,50	—
Jerichow 1	17,90—18 20	16,70—16,90	—	17,75 18,50	—
Wanzleben	—	—	—	18 30[2]	—
Neuhaldensleben	18,00	—	—	—	—
Aschersleben, St.	17 60—18,40	17,00—17,40	15,50—18,00	17,80—18,40	20,00 25,00
Halberstadt Stadt	16,50—18,30	16,80—17,50	15,50—18,20	18,83 19,00	18,00—20,50
do. Land	17,50—18,20[3]	17,00—17,50	—	17,50—18,40	18,00—20,00[4]
Schweinitz	17,76—18,24	16 63—17,00[5]	16,00—17,00	16,80—17,50[6]	30,00*)
Wittenberg	17,80—18,20	16,80—17,20	—	17,40—17,80	—
Dessau	18 50	17 20	17,00	18,20	—
Saalkreis	17,30—18,50	17 00—17,40	16,00—16,50	17,70—18,40	18,50—19,60
Halle, Stadt	17,10—18,50	16,80—17,50	15,40—18,40	18,00—18,60	24,00
Mansf. Gebirgskr.	16,00—18,40	16,50 17,40	15,00—18,00	17,75—18,75	20,00—24,00
Sangerhausen	18 00[7]	17,50—17,70	—	18,00	18,00
Eckartsberga	20,00	—	—	19,00	—
Merseburg, Stadt	17,00 18,60	16,00—17,60	16,00—19,50	17 00 18,50	20,00—22,00
Weißenfels, Stadt	17,00—17,80	16,80—17,60	16,00—17,00	17,50—18,00	—
do. Land	18,60	17,60	—	18,00	—
Zeitz, Land	18,10—18,30	17,50	—	—	—
Ballenstedt	18,00	—	—	—	—
Bernburg	17,40—18,15	17,45—17 60	18,50	—	—
Cöthen	18,70	17,70	18,20—18,30	—	—
Heiligenstadt	17,50—18,25	18 00—18,50	—	17,00 18,00	—
Mühlhausen, Land	20,00[8]	17,20	18,00	—	—
Langensalza	17,20	17 50	18,20	18,00	—
Weißensee	17,20—17,50	17,00—17,20	17,00 17,50	18,00 18,50	—
Erfurt, Stadt	17,00—18,75	77,00—18,50	17,00—20,00	16,00—19,50	20,00—24,00
Apolda	17,50 18,00	17,00—17 40	18,00	18,20	—

Bemerkungen: [1] 200 dz, [2] 600 Ztr., [3] Sommerweizen bis 18,50, [4] handverlesene höher, [5] 640 kg, [6] 1100 kg, [7] Sommerweizen 19,00, [8] Sommerweizen für Saat, [9] 60 Ztr., [10] Viktoriaerbsen, *) und darüber.

— **Naumburg a. S.**, 13. März. (Bericht der Naumburger Getreide-Notierungskommission.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab benachbarter Station und frei Naumburg Bahnhof. Weizen: fest, gut 179—182, mittel 175—178, gering 166—174 M, Sommer-Weizen über Notiz. Roggen: unverändert, gut 176—178, mittel 173—175, gering —,— M. Braugerste: unverändert, gut 170—175, mittel 165—169, gering 152 bis 164 M, feinste über Notiz. Hafer: fest, gut 180—184, mittel 172—179, gering 157—171 M. („Landw. Wochenschrift".)

L. Hamburg, 14. März. Tägliche ausländ. Offerten in Mark per Tonne einschließlich Fracht-Zoll-Spesen. Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. **Weizen:** Kansas II schwim. 189½ M, März 189½ M, Bahia Blanca 80 kg schwim. 192½ M, 79 kg März/April 190½ M, 78 kg März/April 189½ M, Rosafé 79/80 kg schwim. 193 M, 78 kg Febr. 192 M, Donau 75 76 kg schwim. 184 M. — Roggen: Südruss. 9 Pud 10/15 März/April 170 M, 15/20 prompt 171½ M, Helena 71/72 kg März/April 173 M, Donau-Bulg. 69/70 kg März/April 169 „. — Futtergerste: Südruss. 60/61 kg schwim. 128½ M, März 129 M, April 125¼ M bz. — Mais: Mixed New-York Paketf.-Dampf. März 129¼ „, 3häfig April/Mai 125¼ M La Plata Mai/Juni 129 M, Donau-Bulg. April/Mai 125 M, Mai/Juni, Juni/Juli 124 M, Odessa 8tägig 127¼ M, März 127 M.

— **Berlin**. 14. März. (Berliner Produktenbörse.) Die amtlich festgestellten Preise waren am Frühmarkt: Weizen, inländ. 187,00—189,00 M ab Bahn, Mai 190,00 M, Sept. 187,50 bis —,— M. Roggen, inländ. 170,00 M ab Bahn, Mai 174 00 M, Juli 175,00 M Hafer, märk., meckl., pomm., preuß., pos. und schles. feiner 186,00—190,00 M, mittel 180,00—185,00 M, gering 176,00 bis 179,00 M ab Bahn und frei Wagen, Mai —,— bis —,— M. Mais, amer. mixed 148,00 150,00 „ runder 137,50—141,00 M frei Wagen. Gerste inländ. Futterware mittel und geringe 149,00—160,00 M, gute 161,00—172,00 M, russische und Donau leichte 144,00—147,00 M ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländ. und ausländ. Futtererbsen, mittel 164,00—170,00 M, feine und Taubenerbsen 171,00—180,00 M ab Bahn und frei Wagen. Weizenmehl 00 23,50—25,50 M; Roggenmehl 0 und 1 22,30—24,00 M. Weizenkleie 11,20—11,80 M, Roggenkleie 12,00—12,40 M. — Preise um 2 Uhr: Weizen matt, Mai 190,25 M, Juli 89,50 M., Sept. 187,50 M. Roggen matt, Mai 173,50 M, Juli 174,50 M, Sept. 165,25 M Hafer ruhig; Mai 176,50 M, Juli 178,75 M Mais matter; Mai 130,50 M, Juli 129,00 M. Rüböl steigend; März 69,60 M, Mai 65,90 M, Oktober 60,60 M.

L. Weltmarkt. Berlin, 14. März. Tägliche Börsennotierungen auf dem Weltmarkt in Mark für 1000 kg ausschl. Fracht, Zoll und Spesen. (Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.) **Weizen:** Berlin, 755 gr., Mai 190,25, Juli 189,50. New-York, Red Wint. 2, loko 131,25, Mai 132,80. Chikago, Northern I Spring Mai 120,35, Juli 121,90. Liverpool, Red Wint. 2. Mai 146,15. Paris, Lieferungsw., März —,—. Budapest, Lieferungsw., April 128,10. Odessa, Ulka 9[25]/[30] 3—4% Bes. einschl. Bordospes., loko 128,05. Buenos-Aires, Durchschn.-Qual. bordfr., —,—. **Roggen:** Berlin 712 gr., Mai 173,50, Juli 174,50. Odessa, 9[10]/[15] einschl. Bordospes. loko 112,10. **Hafer:** Berlin 450 gr. Mai 176,50, Juli —,—. **Mais:** Berlin, Lieferungsw., Mai —,—. New-York mixed, Mai 91,35. Buenos-Aires, Durchschn.-Qual. bordfr., —,—.

Kartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

— **Berlin**, 14. März. Kartoffelstärke 16,75—17,25 Mk., Kartoffelmehl 16,75—17,25 Mk., feuchte Stärke 9,10 Mk.

Spiritus.

— **Hamburg**, 14. März. Spiritus fest, März 19 G., März-April 19 G., April-Mai 19 G.

— **Paris**, 14. März. Spiritus träge, März 41,50 April 42,00, Mai-August 43,00, September-Dezember 38,50.

Oele und Oelfrüchte.

— **Köln**, 14. März. Rüböl loko 70,50, Mai 67,50.

— **Hamburg**, 14. März. Rüböl fest, loko verzollt 69,00.

— **Paris**, 14. März. Rüböl matt März 72,50, April 70,25, Mai-August 67,00, September-Dezember 67,00.

— **Amsterdam** 14. März. Leinöl behauptet, loco —, April 24¼, Juni-August 24⅝, September-Dezember 24⅛, Januar-April 23⅞.

W. **Pest**, 14. März. Raps per August 13,70 Gd., 13,80 Br.

Zucker.

W. **Hamburg**, 14. März. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per 100 Kilo per März 18,35, per April 18,30, per Mai 18,45, per August 18,75, per Oktober 18,35, per Dezember 18,20. Tendenz: Ruhig.

W. **London**, 14. März. 96% Java-Zucker loko fest, 10 sh. 3 d. Verk. Rüben-Rohzucker loko ruhig 9 sh. 1¼ d. Wert.

Kaffee.

— **Hamburg**, 14. März. Kaffee-Termin-Notierungen. Nur für Good average Santos März 31 G., Mai 31½ G., September 32 G., Dezember 32½ G. Tendenz: Behauptet.

— **Havre**, 14. März. Kaffee. Good average Santos März 38,25, Mai 39,00, September 39,00, Dezbr. 39,50. Tendenz: Ruhig.

— **Amsterdam**, 14. März. Java-Kaffee, good ordinary, behauptet, loko 32½.

W. **Rio de Janeiro**, 13. März. Kaffee. Zufuhren 11 000 Sack in Rio, 27 000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen**, 14. März. Baumwolle. Schwach. Upland middling loco 55¾ Pfg.

Amerikan. good ordinary Lieferungen: Stetig. Per März 5,69, per März-April 5,69, per April-Mai 5,69, per Mai-Juni 5,68, per Juni-Juli 5,68, per Juli-August 5,67, per Aug.-Sept. 5,65, per Sept.-Okt. 5,63, per Okt.-Nov. 5,60, per Nov.-Dez. 5,59.

Petroleum.

— **Hamburg**, 14. März. Petroleum fest, Standard white loko 6,80 Br.

Metalle.

— **Amsterdam**. 14. März. Bancazinn flau, loco 117½.

— **London** 14. März. Silber 31[7]/[16] Lstrl. Chili-Kupfer 108½ Lstrl., per 3 Monat 109½ Lstrl. Blei, span 19[13]/[16] Lstrl., engl. 20⅛ Lstrl., Zinn 191¾ Lstrl., Zink 26⅓ Lstrl.

— **Glasgow**. 14. März. Roheisen. Scotch warrants — sh. — d. Warrants Middlesborough III 53 sh. 6½ d.

B. Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— **Halle**, 14. März. (Bericht der Schlachtvieh-Versicherung des Landw. Bauernvereins des Saalkreises zu Halle a. S. (e. G. m. b. H.). Tatsächlich erzielte Lebendgewichtspreise auf Grund der in der Zeit vom 4.—9. März 1907 eingegangenen Versicherungen.

Ochsen: Kl. Ia 5—7jähr., 1630—1780 Pfd., 43—42 M, 3 Verk.*; Ib 6—7jähr., 1520—1840 Pfd., 41—40 M, 9 Verk.*; IIa 5—7jähr., 1330 1820 Pfd., 39—38 M, 6 Verk.*; IIb —; IIIa —; IIIb —.

Bullen: Kl. Ia 2½—3jähr., 1400—1485 Pfd., 42—41 M, 2 Verk.*; Ib 2½—3jähr., 1425—1450 Pfd., 40 M, 2 Verk.*; IIa 2½jähr., 1110—1350 Pfd., 39 M, 2 Verk.*; IIb 4jähr., 1450 Pfd., 36 M, 1 Verk.*; IIIa —,—; IIIb —,—.

Stiere: Kl. Ia 6jähr., 1400 Pfd., 40 M, 1 Verk.; Ib —,—; IIa —,—; IIb —,—; IIIa —,—; IIIb —,—.

Färsen: Kl. Ia —,—; Ib —,—; IIa 1½jähr., 815 Pfd., 38 M, 1 Verk.; IIb —,—; IIIa —,—; IIIb —,—.

Kühe: Kl. Ia 5—8jähr., 1170 1300 Pfd., 39—38 M, 5 Verk.*; Ib 4—9jähr., 840—1590 Pfd., 37—35 M, 15 Verk.*; IIa 4—8jähr., 950—1380 Pfd., 34 33 M, 16 Verk.*; IIb —,—; IIIa 8jähr., 1000—1150 Pfd., 30—29 M, 2 Verk.*; IIIb —,—.

Schweine: 241—280 Pfd., 52 M, 4 Verk.*; 430 Pfd., 51 M, — Verk.*; 140—350 Pfd., 50 M, 11 Verk.*; 210—380 Pfd., 48 M, 10 Verk.*; 208—403 Pfd., 46 M, 18 Verk.*; 220—400 Pfd., 45 M, 46 Verk.*; 208—300 Pfd., 44 M, 15 Verk.*; 214—317 Pfd., 43 M, 12 Verk.*; 231—313 Pfd., 42 M, 16 Verk.*; 274—313 Pfd., 41 M, 6 Verk.*; 183—360 Pfd., 40 M, 10 Verk.* Durchschnittspreis: 44,84 M p. Zentner. — *Nicht Einzeltiere, sondern Verkaufs-Gruppen. („Landw. Wochenschrift".)

— **Leipzig**, 14. März. Bericht über den Schlachtviehmarkt auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig. Auftrieb: 184 Rinder, und zwar 40 Ochsen, 12 Kalben, 75 Kühe, 57 Bullen; 766 Kälber; 281 Stück Schafvieh; 1934 Schweine, und zwar 1934 deutsche; zus. 3165 Tiere. Preise: Ochsen: I. —, II. 77, III. 72, IV. 67 M für 50 kg Schlachtgew. Kalben und Kühe: I. —, II. —, III. 69, IV. 64, V. 58 M für 50 kg Schlachtgew. Bullen: I. 78, II. 73, III. 68 M für 50 kg Schlachtgew. Kälber: I. 60, II. 57, III. 45, IV. — M für 50 kg Lebendgew. Schafe: I. 42, II. 40, III. 38 M für 50 kg Lebendgew. Schweine: I. 56, II. 54, III. 50, IV. 50—54 M für 50 kg Schlachtgew. Verkauf: 160 Rinder, und zwar 24 Ochsen, 11 Kalben, 71 Kühe, 54 Bullen, 766 Kälber, 199 Schafe, 1909 Schweine. Geschäftsgang: Rinder, Ochsen, Kalben, Kühe, Bullen sehr langsam, Kälber, Schafe mittelmäßig, Schweine gut.

C. Neueste Handels-Depeschen.

W. **New-York**, 14. März. Roter Winter-Weizen loko 84¼, per März —,—, per Mai 84⅝, per Juli 84⅛, per Septbr. 84⅝, Mais per Mai 54⅛, per Juli 53⅞, per Sept. —,—. Mehl 3,25. Getreidefracht nach Liverpool 1¼.

W. **Chicago**, 14. März. Weizen per Mai 76⅞, per Juli 78⅛. Mais per Mai 46¼.

W. **New-York**, 14. März. Petroleum Standard white in New-York 8,00, do. in Philadelphia 7,95, do. in Refined Cases 10,50, do. Credit Balances at Oil City 178.

W. **New-York**, 14. März. Schmalz Westernsteam 9,70, Rohe und Brothers 9,80.

Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: Dr. Walther Gebensleben; für Provinz, Allgemeines, Börsen- und Handelsteil: Max Ebeling; für Lokales Hermann Wehle, sämtlich in Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190703152-13/fragment/page=0003

Berliner Börse, 14. März 1907

Die Rubrik in Cursivschrift giebt die Zinstermine an. Es bedeutet:

1 1.Jan.	4 1.Apr.	7 1.Juli	O 1.Oct.	a 1.1.7.	d 1.4.10.	g 15.3.9.	k 15.6.12.	q_1 quartaliter 1.1.4.7.10.
2 1.Fbr.	5 1.Mai	8 1.Aug.	N 1.Nov.	b 1.2.8.	e 1.5.11.	h 15.4.10.	l 1.6.12.	q_2 do. 1.2.5.8.11.
3 1.Mrz.	6 1.Juni	9 1.Spt.	D 1.Dez.	c 1.3.9.	f 1.6.12.	i 15.5.11.	v versch.	q_3 do. 1.3.6.9.12.

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Lei, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½ M. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin, Bankdiskont 6%, Lombardzinsfuss 7%, Privatdiskont 5¼%.

Nachdruck verb.

Erläuterungen zum Kurszettel: Von den Obligationen der industriellen Gesellschaften sind diejenigen, welche hypothekarisch sichergestellt sind, mit einem Stern (*) gekennzeichnet. Von den über pari rückzahlbaren Obligationen industrieller Gesellschaften sind die mit 101, 102, 103, 104 oder 105 rückzahlbaren Obligationen entsprechend mit 1, 2, 3, 4 oder 5 bezeichnet.

Erläuterungen zum Kurszettel: Bei den Rentenwerten ist der Zinsfuss vor den Kursen angegeben. Bei den Dividendenwerten (Industrie-, Bank- u. Bahn-Aktien) betragen die usancemässigen Stückzinsen 4 pCt., und zwar werden diese vom Beginn des Geschäftsjahres an auf den Nennbetrag jeder Aktie bis zum Tage des Kaufes gerechnet. Unverzinsliche Lospapiere, Aktien liquidierender Gesellschaften, Versicherungsaktien und Genussscheine werden frei von Zinsen in Mark pro Stück, notierende Papiere in Prozenten notiert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190703152-13/fragment/page=0004
DFG